

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 423 19. November 2008

15. Jahrgang

## Indigene Organisationen - Teil des Systems?

Anlässlich einer Einladung von HEKS (Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz) besuchte Isabel Solís vom Institut für sozialwissenschaftliche Studien AVANCSO die Schweiz. Nebst ihrem Job in der Hauptstadt ist sie als Lebenspartnerin von Ramiro Choc, der im Zusammenhang mit den Landstreitereien in Izabal seit April 2008 (siehe ¡Fijáte! 406 und 408) in Haft ist, sehr persönlich in einen der aktuellen Landkonflikte Guatemalas involviert. Im Gespräch mit der ¡Fijáte! - Redaktion geht es aber vor allem um die Kämpfe und Perspektiven widerständischer indigener Gemeinden.

Frage: Weshalb hört man eigentlich von den sozialen Bewegungen und Volksorganisationen heute so wenig? Es scheint, als hätten sie sich mit der Realität abgefunden und als würden sie alle nur noch Realpolitik betreiben, nachdem sie vorher jahrelang für grundlegende "revolutionäre" Veränderungen gekämpft haben.

Isabel Solís: Die Situation hat sich in diesem Jahr für viele verschlechtert. Nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen haben viele VertreterInnen der sozialen Bewegungen gedacht, die Sache sei hiermit erledigt. Das zeigt sich u.a. darin, dass man sehr wenig von ihnen hört, dass sie keine Stellung beziehen zu aktuellen politischen Ereignissen. Viele glaubten oder hofften auch, dass sie Veränderungen bewirken könnten, indem sie Teil der Regierung werden oder in einer regierungsnahen Institution arbeiten. Dieser Irrtum, dem die meisten von uns aufgesessen sind, führte dazu, dass heute die Kämpfe gegen die Regierungspolitik vielmehr von den indigenen Gemeinschaften denn von den klassischen sozialen Organisationen geführt werden. SIE sind es, die am meisten unter den Auswirkungen der Grossprojekte zu leiden haben, die in und für Guatemala geplant sind. Diese Projekte sind nicht mehr ausschliesslich Projekte der guatemaltekischen "Reichen", sondern sie werden in Kooperation mit US-amerikanischen, kanadischen und einigen europäischen Unternehmen geplant und durchgeführt.

Frage: Inwiefern hat sich die Situation dieses Jahr verschlechtert?

I.S.: Zum Beispiel die Repression gegen die indigenen Gemeinden, die sich wehren, hat sich unter der neuen Regierung verschärft. In vergangenen Jahren haben Räumungen von Fincas eher mit versteckter Beteiligung der Polizei stattgefunden, heute ist es offiziell das Militär, das Räumungen von Fincas durchführt. Dies ist ein riesiger Rückschritt. Eines der Friedensabkommen von 1996 schrieb die Reduktion des Militärs vor - die heutige Praxis ist das Gegenteil davon. Alvaro Colom hat konkrete Pläne, die Anzahl von Militärangehörigen und deren Budget zu erhöhen, nachdem sie von früheren Regierungen reduziert worden ist. Das Gleiche gilt für die Polizei, die ja zusammen mit dem Militär agiert. Dies hat eine

Militarisierung der Regionen zur Folge.

Frage: Kannst du ein Beispiel nennen?

I.S.: Aktuell haben wir zwei Konfliktfelder. Auf der einen Seite die klassischen Ressourcen, das Erdöl, der Abbau von Nickel und anderen Mineralien, das Wasser bzw. der Bau grosser Staudämme zur Energiegewinnung. Auf der anderen Seite haben wir, ausgelöst durch die weltweite Ölkrise, das Thema der Mega- bzw. Monokulturen, der Anbau von Mais, Ölpalme und Zuckerrohr zur Gewinnung von Agrotreibstoffen. Diese Anpflanzungen führen zur Vertreibung von vorwiegend indigenen BäuerInnen von ihrem Land. Entweder werden die Leute also gewaltsam vertrieben oder es wird versucht, die BäuerInnen, die ein Leben lang individuell oder organisiert für den Besitz eines eigenen Stücks Land gekämpft haben, dermassen unter Druck zu setzen, dass sie ihr Land verkaufen.

Frage: Diese Entwicklungen finden - sozusagen leider - auf nationaler Ebene statt. Gibt es einen national organisierten Widerstand dagegen oder läuft das auf Gemeindeebene?

I.S.: Es gibt durchaus Regionen, die sich absprechen und koordinieren. Um auf die Friedensabkommen zurückzukommen: Ihre Unterzeichnung war vielmehr ein Bedürfnis der transnationalen Unternehmen denn ein nationales, und entsprechend unvorbereitet waren denn auch unsere Organisationen in der nationalen Koordination. Die Strategie ist für die transnationalen Unternehmen aufgegangen: viele der Führungspersönlichkeiten der Volksorganisationen haben sich in die Regierung einbinden lassen und verfolgen heute andere Ziele. Es gibt auch diese Strategie der "Entwicklungsprojekte", die individuell auf Gemeindeebene stattfinden und einer übergreifenden Organisation entgegenlaufen. Deshalb findet eine Koordination zwar zunehmend, aber nur auf regionaler Ebene statt.

Frage: Welche Möglichkeiten haben denn die Gemeinden real, ihre Interessen gegenüber den Megaprojekten und transnationalen Unternehmen zu verteidigen?

I.S.: Auf der subjektiven Ebene geht es darum, überhaupt die Entscheidung zu treffen, sich zu wehren. Zum Beispiel wenn eine Gemeinde beschliesst, sich auf Teufel komm raus nicht vertreiben zu lassen und die letzte Konsequenz, eine gewaltsame Räumung, die Todesopfer nicht ausschliesst, in Kauf zu nehmen.

Frage: Widerstand?

I.S.: Entschlossener Widerstand. Sich nicht auf Halbheiten einlassen, auf versprochene Projekte, die dann doch nichts bringen...

Frage: Nehmen wir das konkrete Beispiel von San Juan Sacatepequez. Dort wurde dieser entschlossene Widerstand offenbar erfolgreich gebrochen. Die Gemeinde wurde gespalten in diejenigen, die sich sagten, bueno, wir können das Projekt (eine Zementfabrik) nicht verhindern - versuchen wir also, die besten Konzessionen für uns auszuhandeln. Und auf der anderen Seite diejenigen, die Widerstand bis zum Letzten leisten wollen.

I.S.: Zum Thema San Juan gibt es einen Film (<http://video.google.es/videoplay?docid=-6201116963483827316>). In diesem Fall geht es um zehn Gemeinden, insgesamt etwas 10'000 Personen. Zuerst waren sich alle einig, dass sie das Unternehmen nicht dulden und Widerstand leisten wollten. Dann passierte genau das, was ich gesagt habe: Das Unternehmen kam, kaufte oder erpresste einige Persönlichkeiten, spaltete die Gemeinden, aber sie schafften es nicht, den Widerstand gänzlich zu brechen. Es gibt immer noch Leute, die sich mutig und vehement wehren, einige mussten unter Drohungen die Gemeinden verlassen, aber andere sind nachgekommen und führen den Kampf weiter.

Frage: Um ein bisschen zu provozieren: Wäre es nicht besser, die Leute würden verhandeln und das Beste für sich rausholen, als sich auf einen Kampf einzulassen, den sie angesichts der Kräfteverhältnisse eh verlieren werden?

I.S.: Was ich jetzt erzähle ist nicht meine Meinung, sondern schlicht das, was abläuft. Die Leute, die dagegen sind sagen: "Wenn wir jetzt das Unternehmen in unsere Gemeinde lassen, werden wir später noch mehr - und andere - Probleme haben". Sie haben bereits versucht, mit dem Unternehmen zu verhandeln. Eines der Angebote war: "Akzeptiert das Zementwerk, und wir bauen einen Gesundheitsposten". Darauf sagten

die Leute: "Aha, ihr wisst also bereits jetzt, dass die Krankheiten durch die Anwesenheit des Zementwerks zunehmen werden?"

Frage: Aber ein Gesundheitsposten steht auf fast jeder Wunschliste einer guatemaltekischen Gemeinde.

I.S.: Klar, aber wenn ein Unternehmen dieser Kategorie als erstes einen Gesundheitsposten anbietet, erscheint dies den Leuten suspekt. Ausserdem verlangen die Gemeinden vom Unternehmen eine detaillierte Umweltverträglichkeitsprüfung, aufgrund derer sie einen Entscheid fällen wollten. Wichtig hierbei ist, dass San Juan Sacatepequez eine der wenigen Gemeinden im Einzugsgebiet der Hauptstadt ist, in der es überhaupt noch Wald hat - der durch das Zementwerk natürlich abgeholzt würde. Sie traten also in einen Dialog mit dem Unternehmen. Dieses hingegen verfolgt zwei Strategien: Auf der einen Seite setzt es sich an den Verhandlungstisch, ohne dass bis heute eine Umweltverträglichkeitsstudie präsentiert wurde, auf der anderen Seite werden Leute gekauft und wird Repression angewendet. Und dies mit offener Unterstützung des Staates.

Frage: Stützen sich die Gemeinden in San Juan in ihrer Argumentation auf die ILO-Konvention 169 über die Rechte der indigenen Völker?

I.S.: Ja, und sie haben auch auf dieser Grundlage eine Volksbefragung durchgeführt. Guatemala hat dieses Abkommen ratifiziert, und in der Verfassung steht ausdrücklich, dass ein internationales Abkommen, das die Menschenrechte betrifft, in die nationale Gesetzgebung aufgenommen wird, sogar über dieser steht.

Frage: Weshalb akzeptiert denn die Regierung diese Volksbefragungen nicht?

I.S.: Weil es ein Politikum ist. Es hat auch mit Rassismus und Eigeninteressen zu tun. In dieser Sache geht es vielmehr um politische als um juristische Aspekte. Rein juristisch gibt es keinen Grund, die consultas nicht zu akzeptieren.

Frage: Irgendwie scheint es, dass alle (lateinamerikanischen) Länder mit indigener Bevölkerung dasselbe Problem haben: Es gibt die ILO-Konvention 169, aber die Regierungen respektieren sie nicht.

I.S.: Das kommt auf die Regierung an. Ich will ihn nicht reinwaschen, aber

unter der Regierung von Alfonso Portillo wurde der Entscheid der Gemeinden rund um den Izabal-See, wo es grosse Ölvorkommen hat, akzeptiert, diese nicht auszubeuten, basierend auf der Konvention 169. Die Erklärung liegt für mich darin, dass Portillo mit einer solchen Ölförderung keine Eigeninteressen abdecken konnte - im Gegensatz zu seinen Nachfolgern Oscar Berger und heute Alvaro Colom, die tief in diese Geschäfte verwickelt waren und sind.

Frage: Manchmal habe ich den bösen Gedanken, dass wenn die guatemaltekischen BäuerInnen den Feind "transnationale Unternehmen" nicht mehr hätten, sie sehr schnell merken würden, dass ihre Situation dann auch nicht besser wäre. Welche Alternativen gibt es überhaupt für bäuerliche Projekte und Gemeinschaften?

I.S.: Es geht um mehr als nur darum, gegen die transnationalen Unternehmen zu sein. Es geht um ein anderes Konzept von Entwicklung. Für die bäuerlichen Gemeinden kann es eine Entwicklung geben, ohne dass deswegen die Natur ausgebeutet werden muss. Aktuell durchleben wir verschiedene Krisen: Z.B. die Ölkrise, die man durch den Anbau von Mais und anderen Pflanzen zu bekämpfen versucht. Doch hierbei handelt es sich um einen Teufelskreis, denn um diese Pflanzen anzubauen, muss viel Wald gerodet werden. Welche Antwort haben wir aber auf die Klimaerwärmung? Die indigenen Gemeinden sind nicht einfach nur gegen die transnationalen Unternehmen, sondern sie fragen nach einem grundsätzlichen Systemwechsel.

Frage: Und was ist ihr konkreter Vorschlag? Oder derjenige von euch als Organisation?

I.S.: Es hängt von den Situationen der jeweiligen Gemeinden ab, was sie für konkrete Vorschläge präsentieren. Das Ziel ist selbstverständlich, ein gemeinsames Konzept zu präsentieren. Einer der grossen Vorteile der indigenen Gemeinde ist z.B., dass sie sich mit Gemüse und Getreide quasi selbstversorgen können.

Frage: Mit der Selbstversorgung sind aber weder die Arztrechnung noch die Schulgebühren für die Kinder bezahlt.

I.S.: Wer sagt denn, dass wir dieses Schulsystem wollen? Bei unseren Konzepten geht es um integrale Projekte. Das Problem ist tatsächlich, dass viele Leute denken, dass der status quo die

einzigste Art von gesellschaftlichem Zusammenleben ist, aber das stimmt nicht. Wir erlauben uns erst gar nicht mehr, über anderes nachzudenken, und dabei ist DENKEN die erste Voraussetzung, um die Welt zu verändern. Wie können wir in Eintracht mit der Natur leben? Wie können wir uns entwickeln, ohne gleichzeitig unsere Lebensgrundlage und unser Leben zu zerstören? Die sogenannten entwickelten Länder konnten ihren Standard nur dank der Ausbeutung der indigenen Völker erreichen. Wollen wir so weiterleben?

Frage: Es ist aber auch nicht so, dass alle guatemaltekeischen indigenen und/oder bäuerlichen Organisationen eine einheitliche Position vertreten würden.

I.S.: Zugegeben, in dieser Beziehung sind Länder wie Bolivien oder Peru schon viel weiter. Guatemala hat da noch einiges aufzuholen. Wenn du die Vorschläge der verschiedenen Organisationen analysierst, hast du natürlich recht. Wir sind nun mal jahrhundertlang unterdrückt worden und haben kein Selbstvertrauen mehr in unser traditionelles Wissen und lassen uns entsprechend beeinflussen und manipulieren.

Frage: Ich insistiere deshalb, weil es mir scheint, dass viele BäuerInnenorganisationen nicht über den Diskurs von 1944 über die Landreform hinausgekommen sind und nicht realisieren, dass sich vielleicht nicht so sehr Guatemala, aber

umso mehr die WELT verändert hat und dass diese Konzepte heute nicht mehr so funktionieren können.

I.S.: Ich bin mir nicht so sicher, ob sich diese Konzepte nicht umsetzen lassen würden. Manchmal übernehme ich auch die Rolle des *advocatus diaboli*: Wenn ich ein Kapitalist wäre, einer der grössten weltweit, dann würde ich sagen: "Wunderbar, aber die Vorschläge der BäuerInnenorganisationen hindern mich in gar nichts. Ich mache ihnen stückweise Konzessionen, aber den grossen Rest behalte ich für mich." Vom System aus gesehen ist das doch wunderbar.

Ich weiss nicht, ob sich die Welt an sich geändert hat. Was stimmt, ist, dass die Welt in einer Krise steckt. Und dass sich weltweit etwas verändern muss. Diese Krise zwingt uns aber auch, auf altes Wissen zurückzugreifen, und zwar nicht nur in Guatemala, sondern überall auf der Welt, wo es ein traditionelles Wissen gibt. Es wird überall von biologischem Anbau geredet oder von Naturmedizin, nicht zuletzt in der Empfängnisverhütung. Weshalb? Weil man unterdessen die negativen Auswirkungen der konventionellen Praxen kennt.

Frage: Schön und gut. Aber heute sind es ja wieder die transnationalen Unternehmen, die sich genau dieses traditionelle Wissen aneignen und patentieren lassen wollen.

I.S.: Das stimmt, und eines der Pro-

bleme ist, dass wir als Organisationen diese Prozesse verschlafen haben. Wenn du unsere eigenen Vorschläge in Bezug auf Entwicklung liest, siehst du schnell, dass wir oft auch nicht über die konventionellen Ideen hinauskommen. So heisst es dann zum Beispiel: "Kredite für die BäuerInnen" oder "Technische Unterstützung für die BäuerInnen" - das heisst, wir übernehmen diese Vorstellung, dass die BäuerInnen nichts wissen, dass man ihnen zeigen muss, wie sie anzubauen haben. Wir selber machen uns somit zu einem Teil des Systems und wollen dieses "unseren" BäuerInnen aufzwingen.

Frage: Heute spricht man allenthalben von einer "alternativen Ökonomie", einer solidarischen Ökonomie, die autonom von der Weltwirtschaft funktioniert. Gibt es in Guatemala Projekte, die nach diesem Konzept funktionieren?

I.S.: Es gibt verschiedene Versuche. Es gibt ein paar NGOs oder sogenannte Solidarische Netzwerke. Heutzutage sind sie sicher noch keine reale Alternative. Aber sie versuchen, einen lokalen Markt für biologisches Gemüse zu eröffnen, und nur die Überschüsse werden exportiert. Oder sie versuchen, den Austausch von einheimischen Samen zu fördern. Aber die grosse Frage bleibt: Wie kann die Welt verändert werden, ohne eine erneute Anhäufung des Kapitals zu fördern?

Vielen Dank für das Gespräch!

## Colom bittet um Geduld in Sachen Sicherheit

**Guatemala, 14. Nov.** Die Zahlen steigen, die Taten sind kaum mehr vorstellbar: Im Verlauf des Jahres sind 106 Busfahrer ermordet worden, 39 *ayudantes* (deren Helfer), 24 Fahrgäste sind bei den Überfällen auf die Busse erschossen worden und 6 Busunternehmer haben ihr Leben gelassen, weil sie die Schutzgelder nicht gezahlt haben, die von ihnen gefordert wurden. Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) berichtet in ihrem Oktober-Bulletin über 15 Lynchmorde, 19 Geiselnahmen allein in diesem Monat, sowie 478 weitere Personen, die auf gewaltsame Weise im Monat Oktober ums Leben gekommen sind. Bis dahin galt der August als der gewalttätigste Monat dieses Jahres.

Derweil bittet Präsident Álvaro Colom um Geduld. Er gesteht ein, dass in den ersten acht Monaten seiner Amtszeit noch keine spürbare Reduzierung der Gewalt im Land erreicht worden ist, gleichwohl sucht er dafür die Gründe in

den acht Jahren zuvor unter den Ex-Präsidenten Alfonso Portillo und Oscar Berger, die das Thema öffentliche Sicherheit völlig vernachlässigt hätten. "Ich hatte eine Veränderung in acht Monaten versprochen, aber das war nicht möglich, denn der innere Zerfall war viel zu tiefgreifend und ging weit über das hinaus, was wir erwartet hatten", so Colom. Er hingegen setze auf die Stärkung der Institutionen der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), der Armee und der Behörden, die für die Koordination der logistischen Arbeit der Sicherheit zuständig sind. Dafür gibt es seit kurzem zwei neue Instanzen, die beide dem im März verabschiedeten Gesetz zum Nationalen Sicherheitssystem entstammen: Zum einen den Nationalen Sicherheitsrat, dem der Vizepräsident, sowie die MinisterInnen aus dem Aussen-, Verteidigungs- und Innenressort, der Generalprokurator sowie der Sekretär der *Strategischen Staatsintelligenz* (SIE) angehören. Letz-

ter wiederum ist der zweite neue Posten, der im Anschluss an die endgültige Auflösung des Geheimdienstes SAE nun die Koordination zwischen dem Zivilen und dem Militärischen Geheimdienst zu koordinieren und die Regierung zu beraten hat.

Kurz vorher hatte Colom aber doch auch angekündigt, seinen Plan nicht zu realisieren, den Polizeistock auf 30'000 AgentInnen aufzustocken. Er würde 15'000 ausgebildete PolizistInnen am Ende seiner Amtszeit übergeben, um die weiteren sollten sich seine NachfolgerInnen kümmern.

Nichtsdestotrotz ist es für Colom und seine Equipe nicht ganz so einfach, sich aus der Affäre zu ziehen. Obwohl eigentlich die Diskussion und Verabschiedung des Staatshaushalts 2009 auf der Agenda steht und von Colom gerne möglichst zügig vorangetrieben würde, haben die Kongressabgeordneten ent-

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 4

schieden, vorher noch drei Minister zur Interpellation vorzuladen. Hector Nuila von der *Nationalen Revolutionären Einheit* (URNG) beantragte die Anhörung des Arbeitsministers angesichts der Situation krass steigender Arbeitslosenzahlen aufgrund der Finanzkrise und der Schliessung zahlreicher Niedriglohnbetriebe. Die *Patriotische Partei* (PP) forderte die Anhörung vom Finanzminister und eben von Innenminister Francisco Jiménez angesichts der Sicherheit im Land.

Derweil meldet sich auch das *Menschenrechtsprokurat* (PDH) zu Wort und hat eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Direktorin der PNC, Marlene Blanco eingereicht, der auch stattgegeben wurde. Darin wirft Prokurator Sergio Morales Blanco Passivität und Unterlassung vor, in bestimmten Gebieten nichts gegen das Auftreten und Agie-

ren von bewaffneten Gruppen zu tun, die sich selbst als Todeskommandos bezeichnen, zum Teil ursprünglich als Bürgerwehren zur Sicherheit des Wohngebietes gegründet wurden, inzwischen aber als eindeutig kriminell gegen die Bevölkerung vorgehen. Blanco antwortete vorerst ohne Begründung mit einer Anfechtung der Anordnung des Berufungsgerichts, sie solle für die Sicherheit in den von der PDH benannten Gebieten sorgen. In einem Bericht über die Situation gibt sie an, es handle sich nicht um bewaffnete Gruppen, sondern um das gemeine Verbrechen, dass dort sein Unwesen treibe.

Nach dem Massaker, das Drogenbanden im März in einem Freizeitpark in Zacapa untereinander verübt haben, stehen die Ermittlungsbehörden vor einem neuen Fall, von dem sie nicht ausschliessen, dass er auch in Verbindung mit dem internationalen Drogenhandel steht. Vor einer Woche war in der Nacht auf einem

eher unbefahrenen Seitenweg der Panamericana im Raum Zacapa ein Reisebus aus Nicaragua komplett ausgebrannt. Die 16 Insassen, darunter die Busbesitzerin und weitere 14 NicaraguanerInnen sowie ein Niederländer sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Es gibt viele offene Fragen: Warum fuhren nur die Hälfte der möglichen Passagiere, offensichtlich HändlerInnen, in dem Bus? Warum auf dieser abgelegenen Route? Bedeuten die gefundenen Patronenhülsen, dass die Opfer vorher erschossen wurden? War der Bus ein Drogentransport? - der Boden des Fahrzeugs war abgetrennt und war offenbar präpariert worden. Sind möglicherweise Angehörige der Zivilpolizei in den Fall involviert, die den Grenzübertritt erleichtert oder den Bus gar eskortiert haben? Oder war es ein "gewöhnlicher Überfall" oder waren die Fahrgäste nicht-dokumentierte MigrantInnen? Nicaragua und auch die Niederlande drängen auf Antworten.

## Das Geld ist weg und Eduardo Meyer wieder da?

**Guatemala, 11. Nov.** Von einem wirklichen Fortschritt hinsichtlich der Ermittlungen nach dem Verbleib der 82 Mio. Quetzales vom Sparkonto des Kongresses, die mittels des Hochrisikoaktienhauses *Mercado de Futuro* (MDF) investiert und auf diese Weise offensichtlich hinterzogen wurden, ist kaum zu sprechen (*¡Fijáte!* 418). Geschäftsführer Raúl Girón ist in Haft, vom ehemaligen Privatsekretär des zur Zeit der Enthüllung amtierenden Kongresspräsidenten Eduardo Meyer, Byron Sánchez, der offensichtlich als Verbindung zwischen Kongress und MDF fungierte, keine Spur. Und jetzt ist auch noch die Intervention des Aktienhauses abgeschlossen worden mit der richterlichen Begründung, sie habe ihren Zweck nicht erfüllt. Dabei kamen gerade die ersten Anzeichen auf, die Anteile der zeitweilig komplett für verschollen geltenden Investitionen in MDF von Privat AnlegerInnen seien in den USA und in Panama geortet worden. Diesen Nachforschungen müsse sich jetzt das *Generalprokurat* (PGN) annehmen, meinte die zuständige RichterIn. Dieser Aufsichtsbehörde, aber auch der Staatsanwaltschaft und dem Rechnungshof werden seitens des Kongresses ohnehin anhaltende Langsamkeit und ausbleibende Ergebnisse vorgeworfen. Das Generalprokurat sei bislang vor allem Hinweisen und Vorschlägen gefolgt, die der Kongress selbst gegeben habe.

Weitere Aspekte summierten sich, den Prozess hinauszuzögern. Einerseits waren von den mutmasslichen Hauptverantwortlichen, Rubén Dario Morales,

der im letzten Jahr Kongresspräsident war und unter dem die ersten Geldtransaktionen zwischen Kongress und MDF wechselten, und dem ihm im Amt folgenden Eduardo Meyer, der seinen Posten aufgrund des Skandals im August abgegeben hatte, wiederholt Einspruch eingelegt worden. Zum anderen verzögerte der *Oberste Gerichtshof* (CSJ) die Entscheidung auf die drängende Frage, ob den beiden die Immunität entzogen werde, die er letztlich als positiv beschied.

Während Morales tatsächlich nachgewiesen werden kann, dass er sowie seine Frau und Söhne Geld von MDF als Kommissionszahlung erhalten haben, besteht gegen Meyer die Vorwürfe der kontinuierlichen fahrlässigen Unterschlagung, der unterlassenen Anzeigenerstattung und der unterlassenen Pflichterfüllung. "Es ist nicht bewiesen, dass Meyer die Hinterziehung gebilligt hat, doch seine Nachlässigkeit ermöglichte es anderen, diese durchzuziehen", erläuterte der zuständige Richter Nery Medina in der Begründung für den angeordneten Hausarrest und die Verpflichtung für Meyer, sich regelmässig im Gericht zu melden. Der Antrag, ihn gegen Kautions auf freien Fuss zu setzen, wurde abgelehnt, mit dem Argument, Meyer habe sich an der Aktion nicht bereichert, er könne deswegen nicht finanziell belangt werden. Einen weiteren Vorteil konnte Meyer für sich heraus schlagen: Sein "Hausarrest" ist auf Guatemala-Stadt inklusive dem fast eingemeindeten Vorort Mixco, seinem Wohnort, ausgeweitet worden, so dass er nun

seine Arbeit als Abgeordneter im Kongress wieder aufgenommen hat. "Meine Rückkehr (in den Kongress, die Red.) ist ganz normal und entspricht dem laufenden Prozess. Normal, wenn alle die Vorgeschichte kennen", meinte Meyer und nahm auch gleich seine Kontakte zu den KongresskollegInnen wieder auf, die offensichtlich kein Problem mit der Situation haben, nachdem vormals aus ihren Reihen der Ruf nach Absetzung und Ausschluss Meyer's tönte.

So prognostiziert auch die Tageszeitung *Prensa Libre* Meyer eine eher zweischneidige Zukunft, wenn sie schreibt: "Meyer geht aus dem ganzen Problem ohne grössere Schrammen heraus, denn auch wenn ein Richter ihn verurteilt, wird das Urteil nicht über fünf Jahre auf Bewährung oder Ersatzmassnahmen hinausgehen, deswegen wird er seine Strafe erfüllen, ohne je ein Gefängnis zu betreten. Politisch gesehen hingegen ist der Bruch evident zwischen einer der Hauptfiguren der Regierungspartei und dieser selbst. Argwohn kommt auf angesichts der Tatsache, dass das erste Mal in der gegenwärtigen Geschichte des Landes der Kongress einem Prozess gegen eines seiner Mitglieder stattgibt. Persönlich ist das Ganze für Meyer ein harter Schlag. Seine politische Karriere kommt zu einem schlechten Ende, die ihn bis zum Rektorat der *Universität San Carlos* und ins Bildungsministerium gebracht hatte. Doch dieses Mal hat er mit der Wahl von obskuren Subjekten als seine Berater eine unerklärliche Naivität an den Tag gelegt."

## Angriffe auf die Menschenrechte und ihre VerteidigerInnen

**Guatemala, 13. Nov.** Norma Cruz, die Direktorin der Stiftung *Sobrevivientes* ("Überlebende") hat seit Mitte Oktober einige Drohungen erhalten, die jedoch indirekt über einen Familienangehörigen von Cruz lanciert wurden. Dieser wurde auf dem Heimweg von Unbekannten, die einen Pick-up fuhren, angehalten. Da er dachte, es handelte sich um einen Überfall hielt er einem der Unbekannten gleich sein Mobiltelefon hin, doch dieser forderte ihn fluchend und drohend, er würde sonst sterben, auf, in das Auto zu steigen. Der Verwandte von Cruz stieg in den hinteren Teil des Wagens, wo bereits zwei maskierte Männer sassen, von denen einer seine Pistole auf ihn gerichtet hielt und ihm während der zwanzig Minuten langen Fahrt beständig drohte, ihn umzubringen. Schliesslich wurde er in der Strasse, in der Norma Cruz wohnt, freigelassen.

Nur vier Tage später erhielt derselbe Verwandte Telefonanrufe, von denen er im ersten wiederum bedroht wurde, bei den nächsten Malen wurde gleich aufgelegt. An diesem Tag parkte direkt vor dem Büro von *Sobrevivientes* ein Pick-up mit verdunkelten Fenstern, der davon fuhr, als Mitglieder der Organisation näher kamen.

*Sobrevivientes* bietet Frauen psychologische Unterstützung an, die Opfer von sexueller Gewalt und anderen Formen der häuslichen Gewalt geworden sind. Ausserdem gibt sie Rechtshil-

fe in Fällen von Frauenmorden und ermittelt in schwerwiegenden Fällen von Menschenhandel, in die Regierungsfunktionäre verwickelt zu sein scheinen. Die Organisation setzt die Einschüchterungsversuche in Verbindung mit einem der Fälle, den sie derzeit bearbeitet. Doch die Tatsache, dass ein der Organisation direkt nicht nahestehender Familienangehöriger der Direktorin als Mittelsmann für die Bedrohungen benutzt wird, erhöht eindeutig den Terror, der damit einhergeht und belastet das soziale Netzwerk massiv.

Ebenfalls in den Tagen um das Gedenken an die Revolution vom 20. Oktober 1944 verurteilte die *Nationale Menschenrechtsbewegung* (MNDH) den brutalen Angriff auf Miguel Arturo Albizures Pedrosa, Vizepräsident und Kameramann der Menschenrechtsorganisation COMUNICARTE, der während einer Gegendemonstration zur präsidialen Revolutionsgedenkfeier filmte. Der Protest seitens Familienangehörigen von Opfern des internen bewaffneten Konflikts, der unter anderem von Mitgliedern der Studierendenvereinigung *Noj'* unterstützt wurde, führte dazu, dass die staatliche Veranstaltung an einen anderen Ort verlegt werden musste.

Am Tag darauf fuhr ein Wagen vor dem Wohnhaus von Albizures auf und nahm es unter Maschinengewehrbeschuss. Nur der 16jährige Sohn von Albizures war im Haus und ging in Deckung, er wurde nicht verletzt. Im Anschluss wurden mehr als 50 Patronenhülsen im Wohnzimmer und den Schlafzimmern gefunden.

Nachdem am Tag der Demonstration bereits zwei Mitglieder der Studierendenvereinigung *Noj'* von einem Pick-up verfolgt wurden, wurde am Tag des Übergriffs auf Albizures Haus eine Studentin von *Noj'* entführt, als sie ihr Haus verliess. Das Auto hatte grosse Ähnlichkeit mit dem, das die anderen Studierenden verfolgte hatte, und eindeutig ein Nummernschild, das es als Regierungswagen identifizierte. Drei Männer mit Messern setzten die Studierende im Auto unter Druck und bedrohten sie, bevor sie wieder freigelassen wurde.

COMUNICARTE produziert Videos über den internen bewaffneten Konflikt zwischen 1960 und 1996 und andere Menschenrechtsangelegenheiten in Guatemala wie Demonstrationen und Exhumierungen von Massengräbern aus der Zeit des Konflikts. Diese wurden bereits als Beweismaterial vor Gericht eingesetzt und im Fernsehen gezeigt.

Im Februar 2007 wurde in die Büro-

räume von COMUNICARTE eingebrochen und diese ausgeraubt, wobei Filmgerätschaften, -material und -archive mitgenommen wurden, ohne dass die Staatsanwaltschaft bis heute irgendeine Spur ausgemacht hat.

Doch der Staat selber ist auch nicht sicher vor MenschenrechtsgegnerInnen, auch wenn die Angriffe selbstverständlich die FunktionärInnen in ihrer Privatsphäre trifft. So wurde Anfang des Monats ins Wohnhaus der Leiterin der *Präsidialen Menschenrechtskommission* COPREDEH, Ruth del Valle eingebrochen. Ihre, aber nicht die Habseligkeiten ihres Partners, wurden durchsucht, es wurde ein Laptop mitgenommen, ausländisches Geld sowie ein ziviler und ein offizieller Pass entwendet. Del Valle war vor ihrem Regierungsamt Leiterin der *Schutzeinheit für MenschenrechtsaktivistInnen* (UPDDH).

Auch die Angestellten des Justizsektors sind in diesem Jahr vermehrt Ziel von Einschüchterungsversuchen oder auch Mordopfer geworden. Laut Statistik des Justizsystems sind bei diesem heuer schon 67 Anzeigen von RichterInnen und AnwältInnen wegen Drohungen eingegangen, zwei Personen sind ermordet worden, 2007 waren es 50 Anzeigen wegen Einschüchterung. Die am stärksten betroffene Berufsgruppe sind die StrafrichterInnen, die meisten Übergriffe finden in der Hauptstadt, Quetzaltenango und Escuintla statt.

Aufgrund der Bedrohungen haben 80 Justizangestellte Personenschutz, zum Grossteil durch justizeigenes Personal, 29 Personen stehen unter Schutz der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC).

Unter denen, die ständig per Telefon bedroht werden, ist der Richter Eduardo Cojulum, der die ZeugInnenaussagen von Überlebenden der Massaker aus dem internen bewaffneten Konflikt aufgenommen hat, die der Spanische Gerichtshof für seinen Prozess wegen Völkermordes gegen fünf guatemaltekeische ehemalige hohe Militärs und zwei Zivilisten braucht. Auch wird der Staatsanwalt Napoleón Gutiérrez bedroht, er war zuständig als Ermittler für die Entscheidung, dem Abgeordneten und ehemaligen Kongresspräsident Eduardo Meyer die Immunität zu entziehen.

Die *Myrna-Mack-Stiftung* hat passend zu diesem Thema kürzlich eine Studie veröffentlicht, laut der seit 2001 bis heute noch keine einzige Anzeige wegen Bedrohungen oder Gewalt gegen Justizangestellte gerichtlich geklärt worden ist.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Abos: ¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 044/ 241 44 43

E-Mail: barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandsabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

## ¡Hijole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

### Don Alfonso will nicht mit aufs Foto

Zwischen den Monaten September und November haben wir in Guatemala den "revolutionären Oktober". September ist der Monat der Unabhängigkeit von Spanien, November derjenige unserer Toten, unserer schmerzhaften Erinnerung, der versteckten Tränen und dem öffentlichen Schweigen, unserer wahrhaftigsten Alltäglichkeiten. Der Oktober hingegen ist der Monat unseres Projekts einer misslungenen Nation. Im Verlauf drei aufeinanderfolgender Monate also die ganze Sage Guatemalas.

Generell konstruieren die Völker ihre Identität rund um einen heroischen Moment ihrer Vergangenheit, dem sie einen funktionalen Charakter geben. Aber Guatemala hat nach wie vor keinen solchen Moment: Es gibt kein geeintes Volk, das sich auf denselben historischen, identitätsstiftenden Moment einigen könnte. Ein solches Vorkommnis fehlt uns noch.

Am ehesten könnte ein solcher historischer Moment die Oktoberrevolution sein. Doch auch sie ist es nicht, denn es war eine Revolution der Ladinos, in der unsere Maya-, Garífuna- und Xinca-MitbürgerInnen keine Rolle hatten. Mehr als der Hälfte der Bevölkerung blieb eine Rolle als ProtagonistInnen dieser Revolution verschlossen.

Diesen Oktober hat uns die Regierung von Álvaro Colom überrascht mit ihren Ehrerweisungen an die Überlebenden dieses Jahrzehnts des "demokratischen Frühlings". Wir hatten uns daran gewöhnt, nach den militaristischen Defiles von September, die bis in die Schulstuben vordringen (eine schlechte Angewohnheit aus der Zeit, als Ubico die Schulen militarisierte), wieder ins traurige Schweigen zurückzufallen, das wir alltäglich einatmen.

Dieses Jahr aber wurde an der Fassade des Präsidentenpalast (ebenfalls eine Erbe Ubicos) riesige Plastik-Plakate mit den Konterfeis von Juan José Arévalo, Jacobo Arbenz und Oliverio Castañeda sowie ein Gedicht von Luis de Lión aufgehängt. Man hat Tränen gesehen im Zentralpark der Hauptstadt und sicher andernorts im Lande auch.

Der Präsident wollte eine Gruppe von Bürgern und BürgerInnen ehren, welche eine herausragende Rolle in den revolutionären Regierungen des demo-

kratischen Jahrzehnts gespielt hatten. Ebenfalls zum ersten Mal veröffentlichte eine Regierung Werbebotschaften, in denen sie das einzige demokratische Experiment unserer Geschichte lobpreist, das am 20. Oktober 1944 begann und mit der Söldnerinvasion der CIA im Juni 1954 beschnitten wurde.

Es stimmt, dass die Feierlichkeiten rund um diesen revolutionären Oktober als ein berechtigtes Sehnen nach einer Gegenwart verstanden werden kann, die uns fehlt. Darin liegen wohl auch die Tränen und die Sentimentalitäten begründet, die diese bei uns ausgelöst haben.

Aber das Adjektiv "sozialdemokratisch", mit dem unsere Behörden den Anlass haben schmücken wollen, provoziert - ebenfalls berechtigt - unseren Protest. Denn abgesehen vom Novum, dieser Geste: Was haben WIR neues davon? Angesichts dieser Farce wächst die Vermutung, dass einmal mehr die Strategen versucht haben, unsere Gefühle zu ihrem Vorteil zu manipulieren.

Wenn die Rituale keinen Inhalt haben, sondern bloss Lügen sind; wenn ihr Inhalt das Gegenteil von dem aussagt, was er eigentlich bedeutet, macht das wütend. Als Ex-Präsident Portillo damals auf dem Foto erschien, gekleidet als Maya und sich von einem Maya-Priester läutern liess, fühlten viele von uns Ekel. Ähnlich wie Jahre zuvor, als wir sahen, wie das Militär Maya-Namen und Symbole missbrauchte, um ihre Genozidoperationen zu tarnen.

Etwas von diesem Ekel drückten die Jugendlichen von HIJOS direkt und hemmungslos aus. Etwas von diesem Ekel kommt auch in der Weigerung von Don Alfonso zum Ausdruck, an diesen besagten Ehrungen teilzunehmen.

Wie war das mit der Überwindung des Militarismus, wenn die Regierung weiterhin die unantastbare und straflose Armee privilegiert? Wie war das mit den Arbeitsrechten, wenn das Arbeitsgesetz vor dem neoliberalen Kannibalismus in die Knie geht? Wie war das mit der staatlichen Souveränität, wenn wir heute nichts anderes als eine Prostituierte der USA und der Ressourcen- und Nahrungsmittelmultis sind? Wie war das mit der Landreform, wenn heute die Bauernführer, die sich seit der Landreform von 1944 für eine solche einsetzen, kri-

minalisiert werden? Wie war das mit der Gerechtigkeit, solange uns die Strafflosigkeit der Angst- und Drogenhändler in Schrecken versetzten?

Es scheint fast, als wäre die erwähnte Ehrung nichts anderes als eine kohärente politische Geste unserer Regierung, ein Trauerkranz auf der Beerdigung unserer Vergangenheit, wie wenn ein Strategie gesagt hätte: "Bauen wir ein Denkmal auf, um sie darunter zu begraben". Sollen diese Ehrungen ein Ventil für unsere revolutionären Gefühle sein und unsere verzerrten Erinnerungen beseitigen solange es geht? Die Sklavhalter wissen, dass die Sklaven die Ketten nicht zerreißen, solange sie damit beschäftigt sind, von der Freiheit zu singen, wie schon Unamuno sagte.

Es wäre nicht erstaunlich, wenn eines der infamen Unternehmen, die uns das Blut aussaugen, grosszügigerweise das Geld für diese Ehrungen zur Verfügung gestellt hätte. Sie wissen hinterlistig genau, wie sie ihre riesigen Gewinne einsetzen können. Sie haben es mit dem damaligen Präsidenten Juan José Arévalo versucht, wie dieser 1948 selber schrieb: "Der Wirtschaftsminister (niemand anderer als unser Don Alfonso Bauer Paiz!) machte einen Gesetzesvorschlag zur Nutzung der Ölressourcen, das rigoros unseren nationalen Reichtum schützt. Die nordamerikanischen Unternehmen waren empört ... Eines dieser Unternehmen liess sich dies nicht gefallen und offerierte mir auf Lebzeiten 10% der Einkünfte. Dieses Angebot machten sie mir im Präsidentenpalast. Ich bin sofort zum Büro des Wirtschaftsministers gegangen. Der Gesetzesentwurf wurde sofort als Gesetz erlassen. Die Türen blieben verschlossen für die Versuchung und die Korruptionsangebot, denen übrigens nicht nur ich ausgesetzt war. Der nordamerikanische Botschafter (Richard) Patterson, immer leicht rot im Gesicht, wurde bleich: "Für wen schützt ihr dieses Erdöl?" - "Für Guatemala", antwortete ich. (Zitiert von Luis Solana in "Guatemala, petróleo y minería en las entrañas del poder", Inforpress Centroamericana 2005.)

Hallo, ihr Herren und Frauen in der Regierung? Hallo, ihr Herren und Frauen Abgeordnete?

Zu Recht wollte Don Alfonso nicht mit aufs Foto.